

## Aufruf zum diskriminierungsfreien Diskurs

Eine aktuelle [Umfrage](#) unter 2.600 deutschen Wissenschaftler:innen des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) in Kooperation mit dem Projektverbund Kapazitäten und Kompetenzen im Umgang mit Hassrede und Wissenschaftsfeindlichkeit (KAPAZ) macht deutlich, dass Anfeindungen gegen Forschende keine Ausnahme mehr darstellen. Immerhin 45% der Befragten, so die [Ergebnisse der Studie](#), haben statusgruppen- und disziplinübergreifend Erfahrungen mit Anfeindungen unterschiedlicher Art gemacht. Am häufigsten berichten Wissenschaftler:innen (35%) von herabwürdigenden und verletzenden Äußerungen, auch als bewusst eingesetztes Mittel, um die Kompetenz als Wissenschaftler:in zu diskreditieren. Die Anfeindungen kommen dabei nicht nur von außen, sondern entstehen auch innerhalb der wissenschaftlichen Fachgemeinschaften, was aus Sicht der befragten Wissenschaftler:innen negative Auswirkungen für den wissenschaftlichen Austausch einerseits, aber auch auf die Motivation zur Wissenschaftskommunikation andererseits haben kann. So weisen die Ergebnisse auch auf ernste Probleme in der Kommunikationskultur innerhalb der wissenschaftlichen Fachgemeinschaften hin.

Darüber hinaus erleben Wissenschaftler:innen auch immer wieder, dass es „durchaus riskant sein kann, sich als Wissenschaftler oder Wissenschaftlerin bei kontroversen gesellschaftlichen Debatten über Medien zu Wort zu melden“<sup>1</sup>. So verteidigten Lehrende der Berliner Universitäten bspw. kürzlich in einem weit verbreiteten und vielfach kritisierten [Statement](#) das Recht Studierender auf Protest und wandten sich gegen das Vorgehen der Hochschulleitung in diesem Zusammenhang.<sup>2</sup> Kontroverse Reaktionen kamen etwa von Vertreter:innen unterschiedlicher hochschulnaher Gruppierungen sowie diversen Presseorganen. Letztere berichteten negativ bis polemisch und stellten [einzelne Personen](#) an den Pranger. In diesem Kontext wurden auch Politiker:innen zitiert: die Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger (FDP) zeigte sich gegenüber der BILD „fassungslos“ über das Schreiben und insinuierte, dass die Verfasser:innen nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stünden; Unionfraktionsvize Andrea Lindholz bezeichnete den Brief als einen „Tiefpunkt für die deutsche Wissenschaft“. (Quelle: [dw](#)). Als Reaktion auf diese Medienberichterstattung hat die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) eine [Stellungnahme](#) verfasst, in der sie betont, dass Hochschulen Orte seien, an denen alle Mitglieder im rechtlich legitimen Rahmen gewaltfrei arbeiten und sich (auch politisch) auseinandersetzen können, ohne Diffamierungen oder Bedrohungen befürchten zu müssen. Dieser Haltung schließen wir uns als Vorstand der DGPuK an.

---

<sup>1</sup> vgl. Schicha, Ch. (2022). Streitkulturen: Anmerkungen über Stellungnahmen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bei kontroversen Debatten. *Publizistik*, 67, 19–29 (2022). <https://doi.org/10.1007/s11616-021-00702-y>

<sup>2</sup> Mittlerweile wurden viele Pro- und Contra-Argumente, u.a. in einem in der [ZEIT](#) veröffentlichtem Streitgespräch ausgetauscht.

Anfeindungen (sei es von außen oder innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft) sind nicht nur eine große Belastung für die betroffene Personen, sondern sie stellen darüber hinaus ein grundsätzliches Problem für den gesellschaftlichen Diskurs dar. Wir sprechen uns daher ausdrücklich für einen diskriminierungsfreien Diskurs aus, der auch und gerade in Krisenzeiten „im Rahmen der Zivilitätsnormen eine freie Äußerung der Meinung zulässt“<sup>3</sup>. Es gilt einen, wie Habermas<sup>4</sup> es ausdrückt, „agonalen Charakter“ politischer Auseinandersetzung auch gesellschaftlich auszuhalten und „die *Inklusion aller* von möglichen Entscheidungen Betroffenen als gleichberechtigt“ zu ermöglichen. Denn „wer argumentiert, widerspricht“ und ohne gegenseitige Kritik ist es unmöglich voneinander zu lernen, die eigene Überzeugung anzupassen und Problemlösungen näherzukommen. Dafür bedarf es allerdings einer gemeinsamen Grundintention, eines Konsenses über die Bedeutung und den Wert eines solchen rationalen Diskurses. Dessen Kern besteht in der Bereitschaft aller Beteiligten zur gegenseitigen Toleranz sowie in der Anerkennung der anderen als gleichberechtigte Mitbürger:innen, denen Solidarität gebührt, auch oder gerade wenn sie anders denken. Wichtig ist aus unserer Sicht, keine Perspektive systematisch zu exkludieren, Diskursräume offenzuhalten und „gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen“<sup>5</sup>. Damit wenden wir uns gegen Akteur:innen, die diesen Diskurs explizit angreifen oder ablehnen, denn die wissenschaftlichen und auch gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf den Prinzipien einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufzubauen, schließt die Verpflichtung zum Schutz des Diskurses ein. Anfeindungen jeglicher Art, nicht nur gegenüber Wissenschaftler:innen, sind Gift für eine solche aufgeschlossene Diskussionskultur. Zudem stehen sie mindestens in einem zeitlichen Bezug zur Erosion des gesellschaftlichen Vertrauens in die Wissenschaft, den wir beobachten.<sup>6</sup> Die Kommunikations- und Medienwissenschaft sollte sich daher allein schon vor ihrem disziplinären Hintergrund um einen macht- und statusgruppenunabhängigen, inklusiven Diskurs bemühen.

*Für den Vorstand und die Mittelbauvertretung der DGPK*

*Elena Link, Alexander Rihl, Daniela Schlütz, Anna Schnauber-Stockmann und Hartmut Wessler*

---

<sup>3</sup> Vgl. Link, E., & Rihl, A. (2022). Die Diskurskultur der Kommunikationswissenschaft aus Sicht des Mittelbaus. *Publizistik*, 67, 233-242. <https://doi.org/10.1007/s11616-022-00731-1>

<sup>4</sup> Vgl. Habermas, J. (2021). Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit. In M. Seeliger & S. Seignani (Hrsg.), *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?* (Sonderband Leviathan 37), (S. 470-500). Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783748912187-470>

<sup>5</sup> Vgl. Popper, K. R. (1980) [1957]. *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* (Band 1). Francke/UTB.

<sup>6</sup> Zwar geben in Deutschland laut aktuellem Wissenschaftsbarometer 56 Prozent der Befragten an, der Wissenschaft eher zu vertrauen, aber die Werte sind rückläufig (Wissenschaft im Dialog, 2023) <https://wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/#erhebung-2023>